

Juristische Ausbildung

W
DE
G

Extra

herausgegeben von

Prof. Dr. Dagmar Coester-Waltjen, München

Prof. Dr. Hans-Uwe Erichsen, Münster

Prof. Dr. Klaus Geppert, Berlin

Prof. Dr. Philip Kunig, Berlin

Prof. Dr. Dr. h. c. Harro Otto, Bayreuth

Prof. Dr. Klaus Schreiber, Bochum

de Gruyter · Berlin · New York

Abkürzungen für Juristen

Alphabetisches Verzeichnis der Abkürzungen

von
Hildebert Kirchner

2., neubearbeitete Auflage



Walter de Gruyter & Co. · Berlin · New York · 1993

Unveränderte Übernahme der Seiten 1 bis 220 aus „Kirchner, Abkürzungsverzeichnis der Rechtssprache, 4., erneuerte und erweiterte Auflage“

Dr. Hildebert Kirchner
Direktor der Bibliothek des Bundesgerichtshofes i. R., Karlsruhe

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Kirchner, Hildebert:

Abkürzungen für Juristen : alphabetisches Verzeichnis der
Abkürzungen / von Hildebert Kirchner. – 2., neubearb. Aufl. –
Berlin ; New York : de Gruyter, 1993

(Jura : Extra)

ISBN 3-11-013847-6

NE: HST

© Copyright 1993 by Walter de Gruyter & Co., D-1000 Berlin 30.

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Printed in Germany.

Einbandgestaltung: Rudolf Hübler, Berlin 15

Satz und Druck: Saladruck, D-1000 Berlin 36.

Buchbinderei: Verlagsbuchbinderei Dieter Mikolai, D-1000 Berlin 10.

Vorwort

Die vorliegende Studienausgabe ist eine Teiledition des **Abkürzungsverzeichnisses der Rechtssprache**. Sie enthält die Abkürzungen von Rechts- und Verwaltungsvorschriften, Amtsblättern, Behörden, Gerichten und Sigeln, die im juristischen Bereich allgemein gebräuchlich sind, sowie von Zeitschriften. Die Abkürzungen aus allen diesen Bereichen sind in einem durchgehenden Alphabet geordnet. Sie werden anschließend erklärt. Bei den Rechts- und Verwaltungsvorschriften wird, falls vorhanden, jeweils nur die amtliche Kurzbezeichnung wiedergegeben. Die Verkündungsdaten weisen auf die erste Veröffentlichung, spätere Änderungen sind nicht vermerkt, jedoch sind Neufassungen angegeben.

Abkürzungen, die der Gesetzgeber oder eine Verwaltungsstelle bestimmt haben, sind am Fettdruck erkennbar. Das gleiche gilt für von Verlegern gewählte Abkürzungen von Zeitschriftentiteln.

Das schon in der Voraufgabe umfangreiche Werk ist in dieser Auflage nochmals vermehrt worden. Um den Umfang in Maßen zu halten, mußten Abkürzungen ausgeschieden werden, die kein aktuelles Interesse mehr besitzen. Die Voraufgabe behält insoweit ihre Bedeutung.

Inhaltsverzeichnis

Regeln für die Bildung und den Gebrauch von Abkürzungen	XI
1. Teil. Gesamtverzeichnis der Abkürzungen in alphabetischer Ordnung	1

Regeln für die Bildung und den Gebrauch von Abkürzungen

Wer je Abkürzungen (Kürzel) zu vergeben hat, sollte sich stets vor Augen halten, daß oberstes Ziel sein muß, das Gemeinte ohne Schwierigkeiten erschließen zu können. Aus diesem Grundsatz ergeben sich Art und Weise sowie Umfang der Abkürzung.

1. Abkürzungen von Rechts- und Verwaltungsvorschriften. – Ausgangspunkt für die Bildung einer Abkürzung ist grundsätzlich die Überschrift (z. B. Bundesnotarordnung). Ist für eine Rechts- und Verwaltungsvorschrift wegen ihrer längeren Benennung eine Kurzbezeichnung vorgesehen (z. B. „Bundesvertriebenengesetz“ für „Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge“) oder ist eine solche üblich (z. B. „Bundesbankgesetz“ für „Gesetz über die Deutsche Bundesbank“), so ist diese Kurzbezeichnung für die Bildung der Abkürzung zu verwenden. Existiert eine Kurzbezeichnung nicht und ist eine solche auch schlechthin nicht zu bilden, so darf ausnahmsweise für die Abkürzung von einer sprachlich unmöglichen Form ausgegangen werden (z. B. Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit = Freiwillige-Gerichtsbarkeit-Gesetz = FGG).

Die Normqualität gehört an den Schluß. Beim Beispiel FGG bezeichnet der letzte Buchstabe den Gesetzesrang der Regelung. Ebenso sind Rechtsverordnungen am Schluß durch ein V zu kennzeichnen. Bislang war es üblich, statt dessen VO zu schreiben. An dieser Übung halten auch die meisten Länder fest, während der Bund und Bayern sich auf V beschränken.

Vom Gesetzgeber selbst vorgesehene Abkürzungen oder für Verwaltungsvorschriften festgesetzte sind auf alle Fälle zu verwenden.

2. Abkürzungen von Zeitschriftentiteln. – Bei der Bildung von Abkürzungen für Zeitschriften sowie Gesetz- und Amtsblätter und Entscheidungssammlungen ist von dem genauen Titel auszugehen. Der Titel darf für die Abkürzung nicht eigens verändert werden. Eine Abkürzung wie RFBl, die als Reichsfinanzblatt gedeutet werden muß, ist deshalb falsch gebildet; denn der Titel lautet „Amtsblatt der Reichsfinanzverwaltung“. Eine Abkürzung wie ZGR, die für „Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht“ steht, unterschlägt den Titelbestandteil „Unternehmensrecht“ und verföhrt zu der Deutung „Zeitschrift für Gesellschaftsrecht“. Ein nur annähernd richtiger Titel ist aber ebenso unbrauchbar zum Suchen in Bücher- und Bibliothekskatalogen wie eine annähernd richtige Telefonnummer für den gewünschten Anschluß. Weitere Beispiele für mißverständene Abkürzungsbildungen siehe im Vorwort. Abkürzungen haben auch stets die gegebene Wortfolge zu berücksichtigen. („Rechtsprechung der Hessischen Verwaltungsgerichte“ sollte daher nicht HessVGRspr abgekürzt werden.) Zu mißbilligen ist es auch, den Titel einer Zeitschrift zu ändern, die bisherige, für einen ganz anderen Titel gewählte Abkürzung aber weiterzuverwenden (z. B. StAZ für die Zeitschrift „Das Standesamt“, die vorher „Zeitschrift für Standesamtswesen“ hieß).

3. *Umfang der Abkürzung.* – Mit wenigen Buchstaben sollten Rechts- und Verwaltungsvorschriften, Zeitschriften und Institutionen nur dann abgekürzt werden, wenn ihre Bekanntheit allgemein vorausgesetzt werden kann (BGB, NJW, BGH). Im übrigen muß sich die Form der Abkürzung nach dem zu erwartenden Leserkreis richten. Sie kann also kürzer gehalten sein, wenn nur ein kleiner Kreis von Sachkennern angesprochen werden soll.

Der Grundsatz des Handbuchs der Rechtsförmlichkeit (Rdn. 236), daß Abkürzungen von Rechtsvorschriften Silbenlänge nicht überschreiten sollten, sollte stets dem Grundsatz der Verständlichkeit der Abkürzung geopfert werden.

4. *Art der Bildung der Abkürzung.* – Die sinntragenden Wörter bzw. Wortteile der Überschrift einer Rechts- und Verwaltungsvorschrift oder eines Titels sind durch Zusammenziehung (z. B. Ztg. für Zeitung) oder durch Weglassung der letzten Buchstaben (z. B. amtl. für amtlich) zu kürzen. Weniger wichtige Wörter, insbesondere Artikel und Verhältniswörter (Pronomina), können fortgelassen werden (z. B. Zeitschrift für Parlamentsfragen: ZParl). Artikel am Anfang eines Titels sollten sogar stets fortgelassen werden, weil ein abgekürztes D meist für Deutsch steht (z. B. DVBl bei Deutsches Verwaltungsblatt) und hierfür auch nicht entbehrt werden kann. DB als Abkürzung für „Der Betrieb“ ist unglücklich gebildet. Adjektive sollten bei der Kürzung mit großem Anfangsbuchstaben geschrieben werden (z. B. ZVglRWiss = Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft), um den Anfang des neuen Wortes zu kennzeichnen, falls sich nicht eine abweichende Schreibweise für die Abkürzung durchgesetzt hat (z. B. AcP = Archiv für die civilistische Praxis).

Buchstaben, die nicht am Anfang eines Wortes oder – bei zusammengesetzten Wörtern (Komposita) – des Wortteils stehen, sind bei der Kürzung klein zu schreiben (also nicht: STGB sondern StGB). Von dieser Regel sind nur eingebürgerte Abkürzungen ausgenommen (z. B. AnO = Anordnung, VwV = Verwaltungsvorschriften).

Von allgemein bekannten und üblichen Kürzungen sollte nicht abgewichen werden. Zu mißbilligen sind daher Abkürzungen wie: BG statt BGB, B. statt Bl. (= Blatt) in RBB (= Reichsbesoldungsblatt), GV statt GVBl. (= Gesetz- und Verordnungsblatt) beim Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen, BgBl. oder BuGBl. statt des üblichen BGBl (= Bundesgesetzblatt).

Abkürzungen sind grundsätzlich ohne Zwischenräume zu schreiben. Eine Trennung beim Zeilenende sollte vermieden werden, ist aber jeweils nach einem geschlossenen Bestandteil statthaft, wenn dadurch nicht einzelne Buchstaben abgesprengt werden (z. B. Rhein-Sch-UO = Rheinschiffs-Untersuchungsordnung).

5. *Flektion der Abkürzungen.* – Abkürzungen werden nicht flektiert (z. B.: des BGB, nicht des BGBs). Der Plural ist sinngemäß zu bilden (RAe nicht RÄ = Rechtsanwältin). Die Pluralbildung durch Verdoppelung des letzten Buchstabens ist nicht mehr üblich (also: Art., nicht Artt. = die Artikel).

6. *Interpunktion bei Abkürzungen.* – Eine besondere Uneinheitlichkeit und Unsicherheit besteht bei der Frage, ob hinter eine Abkürzung ein Punkt zu setzen ist oder nicht. Während die Juristen immer mehr dazu neigen, bei Abkürzungen jegliche Interpunktion zu unterlassen, schreibt der Duden, auch wenn die Abkürzung lediglich aus Großbuchstaben besteht, grundsätzlich einen Punkt am Schluß vor. Eine Ausnahme läßt er nur dann gelten, wenn Abkürzungen als selbständige Wörter gesprochen werden wie LKW (gesprochen: El-ka-we) oder BGB (gesprochen: Be-ge-be).

Auch bei häufig gebrauchten Abkürzungen aus Wissenschaft und Wirtschaft wird das Fehlen der Punkte gebilligt. Als Beispiele werden hier m (= Meter), Ra (= Radium), SW (= Südwest) und DM (= Deutsche Mark) genannt.

Nach diesen Regeln dürften wohl kurze Buchstabenfolgen wie ZPO, StGB und NJW ohne Punkt geschrieben werden können, nicht aber längere wie MSchG und EVRheinSchPatentV, die leichter durch den Volltext, für den sie stehen, als durch die gesprochenen Buchstaben wiedergegeben werden. Die Dudenregelung führt bei den Abkürzungen für Gerichte dazu, daß Buchstabenfolgen wie AG, LG, OLG, BGH ohne Punkt zu schreiben sind. Auch BVerfG wäre als sprechbar ebenso zu behandeln, während bei BVerwG die Schwierigkeit, ein am Ende einer Silbe stehendes w beim Sprechen deutlich herauszustellen, dazu führt, statt der Abkürzung lieber das Vollwort Bundesverwaltungsgericht zu benutzen. Die Folge davon wäre, daß BVerwG mit Punkt zu schreiben wäre. Wer im übrigen aber will entscheiden, ob eine Abkürzung sprechbar ist oder nicht? Hätte man nicht bei der Verkündung des BAföG annehmen können, niemand würde eine solche Buchstabenfolge sprechen, während sie heute zumindest jedem Studenten glatt über die Lippen geht?

Für die Regelung des Dudens besteht kein überzeugender Grund. Sie ist auch nicht folgerichtig. Nach den allgemeinen Interpunktionsregeln soll der Punkt hinter der Abkürzung das Fehlen von Buchstaben am Schluß oder im Inneren des Wortes kennzeichnen. Es ist deshalb s. = siehe, Dr. = Doktor zu schreiben. Um eine Wortabkürzung handelt es sich hingegen bei der Schreibung m = Meter und Ra = Radium gar nicht. Bei einer Abkürzung müßte man für Meter die Schreibweise M. erwarten. Ra für Radium wäre als Abkürzung einzusehen, wenn auch für Eisen Ei und für Kupfer Ku stünde. Statt dessen wird aber Eisen durch Fe (= Ferrum) und Kupfer durch Cu (= Cuprum) wiedergegeben. Das zeigt deutlich, daß wir es nicht mit Abkürzungen, sondern mit symbolhaften Schreibweisen zu tun haben, die man zum Unterschied gegen echte Abkürzungen als Sigel bezeichnen sollte.

Eine sigelmäßige Schreibung besteht im allgemeinen auch bei den juristischen Abkürzungen. Das Wort „Strafgesetzbuch“ müßte bei einer normalerweise durch Zusammenziehung (Kontraktion) gebildeten Abkürzung „Stgb.“ geschrieben werden. Üblich ist aber die Schreibung „StGB“. Eine echte Abkürzung läge auch vor, wenn „Ehegesetz“ abgekürzt „Eheg.“ geschrieben würde, jedoch wählt der Jurist „EheG“. Die sigelmäßige Kürzung wird oft auch aus der lückenlosen Schreibung mehrerer zusammengehöriger Wörter sichtbar (DVBl statt Dt.Verw.Bl.).

Dies letzte Beispiel zeigt, daß sich sigelmäßige und abkürzungsmäßige Schreibweise optisch leicht unterscheiden läßt und auch nebeneinander möglich ist. Die Wendung „am angegebenen Ort“ läßt sich sowohl als Sigel – und dann ohne Punkt – schreiben, nämlich „aaO“, oder als Abkürzung – und dann mit Punkt – „a. a. O.“. Das vorliegende Abkürzungsverzeichnis geht davon aus, daß in allen Fällen, so auch bei diesem Beispiel, der abkürzenden Schreibweise mit Punktfolge der Vorzug zu geben ist, insbesondere wenn es sich um Abkürzungen handelt, die nicht ausschließlich der Juristensprache angehören. Nur eine solche Entscheidung läßt sich konsequent durchhalten.

Eine generelle Punktlosigkeit ist nicht durchführbar, ohne Verwirrung zu stiften. Es läßt sich eben die Buchstabenfolge „so“ nicht als „siehe oben“ verstehen, wenn man die Punkte wegläßt.

Die Interpunktionsregeln, wie sie diesem Verzeichnis zugrunde liegen, lassen sich wie folgt beschreiben:

a. Sigel werden ohne Schlußpunkt geschrieben. Sigel sind an ihrer besonderen, von der üblichen Schreibung der Wörter abweichenden Bildung erkennbar. Es kann sich dabei um Einzelwörter (z. B. StGB für Strafgesetzbuch) oder um Wortkomplexe handeln (z. B. GVBl für Gesetz- und Verordnungsblatt).

Ohne Punkt sind außerdem die als Sigel gedachten Buchstaben und Buchstabenfolgen der Allgemeinsprache zu schreiben (z. B. m = Meter, S = Schwefel, Ra = Radium) sowie

formelhafte Abkürzungen, die als Wörter verwendet werden (z. B. cif, fob).

b. Abkürzungen einzelner Wörter, insbesondere einzeln stehende Buchstaben als Abkürzungen, sind mit Schlußpunkt zu schreiben (z. B. s. = siehe, S. = Seite, Ges. = Gesetz). Ausnahmsweise kann V (= Verordnung) punktlos bleiben, wenn der Inhalt der Vorschrift anschließend wiedergegeben wird (z. B. V ü. d. Errichtung e. Beirates f. Ausbildungsförderung), der Buchstabe V im Text also nicht isoliert steht.

1. Teil
**Gesamtverzeichnis der Abkürzungen
in alphabetischer Ordnung**

A

A	Ausführungs-; s. a. Anm.; s. a. AnO
AA	Amtsanwalt(schaft); Auswärtiges Amt; Arbeitsamt
a. A.	anderer Ansicht
AAA	Association des auditeurs et anciens auditeurs de l'Académie de droit international de La Haye
AAG	1. Aussiedleraufnahmegesetz v. 28. 6. 1990 (BGBl I S. 1247) 2. SL: Ausländeraufnahmegesetz v. 12. 7. 1978 (ABl S. 706)
AAnw	Amtsanwalt(schaft); Anweisung z. Ausführung, Ausführungsanweisung
a. a. O., aaO	am angegebenen Ort
AAppO	Approbationsordnung f. Apotheker v. 19. 7. 1989 (BGBl I S. 1489)
AAÜG	Anspruchs- u. Anwartschaftsüberführungsgesetz v. 25. 7. 1991 (BGBl I S. 1606, 1677)
AAV	Arbeitsaufenthalteverordnung v. 18. 12. 1990 (BGBl I S. 2994)
AAVO	BW: Ausgleichsabgabeverordnung v. 1. 12. 1977 (GBl S. 704)
ABA	Arbeitsgemeinschaft f. betriebliche Altersversorgung
ABBV	Allg. Bedingungen f. Beschaffungsverträge d. Bundesministers d. Verteidigung. Ausg. v. 18. 7. 1962
Abdr. vorg.	Abdruck vorgesehen
ABergV	BY: Allgemeine Bergbauverordnung v. 7. 12. 1978 (GVBl S. 895)
ABewGr	Grundsätze f. d. Verwendung d. Zuwendungen d. Bundes sowie f. d. Nachweis u. d. Prüfung d. Verwendung (Allgemeine Bewirtschaftungsgrundsätze) = Anlage zur Vorl. VV-BHO Nr. 5.1 zu § 44 BHO
ABewGr-GebietsK	Grundsätze f. d. Verwendung d. Zuwendungen d. Bundes an Gebietskörperschaften u. Zusammenschlüsse v. Gebietskörperschaften sowie f. d. Nachweis u. d. Prüfung d. Verwendung (Allgemeine Bewirtschaftungsgrundsätze – Gebietskörperschaften) = Anlage zur Vorl. VV-BHO Nr. 18.2 zu § 44 BHO
AbfAndienVO	BW: Abfall-Andienungsverordnung v. 5. 2. 1990 (GBl S. 62)
AbfBefV	Abfallbeförderungs-Verordnung v. 24. 8. 1983 (BGBl I S. 1130)
AbfBestV	Abfallbestimmungs-Verordnung v. 3. 4. 1990 (BGBl I S. 614)
AbfG	Abfallbeseitigungsgesetz i. d. Bek. v. 27. 8. 1986 (BGBl I S. 1401, 1501)
AbfG LSA	LSA: v. 14. 11. 1991 (GVBl LSA S. 422)

AbfKlärV	Klärschlammverordnung v. 15. 4. 1992 (BGBl I S. 912)
AbfFIVO	SL: Abstandflächenverordnung v. 6. 3. 1975 (ABl S. 498)
AbfNachwV	Abfallnachweis-Verordnung v. 2. 6. 1978 (BGBl I S. 668)
AbföG Wein	RP: Absatzförderungsgesetz Wein v. 28. 6. 1976 (GVBl S. 187)
AbfRestÜberwV	Abfall- u. Reststoffüberwachungs-Verordnung v. 3. 4. 1990 (BGBl I S. 648)
AbfVerbrV	Abfallverbringungs-Verordnung v. 18. 11. 1988 (BGBl I S. 2126)
ABG	Allgemeines Berggesetz f. d. preußischen Staaten v. 24. 6. 1885 (GS S. 705)
AbG	s. AbschG
Abg.	Abgeordneter
abg.	abgeändert
AbgabenDV-LA	Durchführungsverordnungen über Ausgleichsabgaben nach dem Lastenausgleichsgesetz
ABGB	Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch für Österreich
AbgEntG	BW: Ges. ü. d. Entschädigung d. Abgeordneten i. d. Bek. v. 6. 10. 1970 (GBl S. 459)
AbgG	1. Abgabengesetz BR: Bremisches ~ v. 15. 5. 1962 (GBl S. 139) 2. Abgeordnetengesetz v. 18. 2. 1977 (BGBl I S. 297)
AbgG	BB: v. 15. 3. 1991 (GVBl S. 16)
AbgG	BW: v. 12. 9. 1978 (GBl S. 473)
AbgG SA	BY: Bayerisches ~ v. 25. 7. 1977 (GVBl S. 369)
AbgG NW	LSA: v. 24. 1. 1991 (GVBl LSA S. 1)
AbgG RhPf	NW: v. 24. 4. 1979 (GV.NW S. 238)
AbgG SL	RP: ~ Rheinland-Pfalz v. 21. 7. 1978 (GVBl S. 587) SL: i. d. Bek. v. 4. 7. 1979 (ABl S. 656)
AbgrG	NW: Abgrabungsgesetz i. d. Bek. v. 23. 11. 1979 (GVBl S. 922)
AbgrV	Abgrenzungsverordnung v. 12. 12. 1985 (BGBl I S. 2255)
Abh.; Abhn.	Abhandlung; Abhandlungen
ABiG	BE: Altbanken-Bilanz-Gesetz v. 10. 12. 1953 (GVBl S. 1488)
ABK	Allg. Bedingungen d. Kreditkarten-Versicherung (VerBAV 1990 S. 149)
Abk.	Abkommen
ABKG	BE: Berliner Architekten- u. Baukammergesetz i. d. Bek. v. 13. 3. 1991 (GVBl S. 66)
ABKStRV	Versicherungsbedingungen f. d. Kraftfahrt-Strafrechtsschutzversicherung (VerBAV 1978 S. 39)
ABl	Amtsblatt Die einzelnen Amtsblätter siehe bei der systematischen Übersicht der Gesetz- und Amtsblätter

ABI/AAz	SH: Amtlicher Anzeiger. Beil. zum Amtsblatt f. Schleswig-Holstein (1.1946 ff.)
ABIAHK	Amtsblatt der Alliierten Hohen Kommission in Deutschland. Official Gazette of the Allied High Commission for Germany. Journal Officiel de la Haute Commission Alliée en Allemagne (1949–1955)
ABIAHKdtrBln	Amtsblatt der Alliierten Kommandatura Berlin. Official Gazette of the Allied Kommandatura Berlin. Bulletin Officiel de la Kommandatura Interalliée de Berlin (1947–1965)
ABIBerV	BY: Amtsblatt-Bereinigungsverordnung v. 2.9.1957 (GVBl S. 298)
ABiBMP	Amtsblatt des (bis 1950, 49: Bundesministeriums) Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen (1950 ff.)
ABIDB	Amtsblatt der Deutschen Bundesbahn (1966 ff.)
ABIEG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften [Ab. 11.1968: Ausg. C. Mitteilungen und Bekanntmachungen; Ausg. L. Rechtsvorschriften] (1.1958 ff.)
ABIEGKS	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (1.1952–7.1958,13)
ABIEGKS-Verh	Verhandlungen der Gemeinsamen Versammlung. Ausführliche Sitzungsberichte (= Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, Anl.) (1.1953–40.1959)
ABI EPA	Amtsblatt des Europäischen Patentamts (1.1978 ff.)
ABIKM	HE: Amtsblatt des Hessischen Kultusministers (bis 2.1949: d. Hess. Ministeriums f. Kultus u. Unterricht; dann bis 16.1963, 2: d. Hess. Minister(ium)s f. Erziehung u. Volksbildung; ab 1984,7:) u. d. Hess. Ministers f. Wissenschaft u. Kunst) (1.1948 ff.)
ABIKM.NW	NW: Amtsblatt des Kultusministeriums. Land Nordrhein-Westfalen (1.1948/49–22.1970, 10; dann: Gemeinsames Amtsblatt d. Kultusministeriums u. d. Min. f. Wissenschaft u. Forschung . . .)
ABIKM (RP)	RP: Amtsblatt des Kultusministeriums von Rheinland-Pfalz (23.1971, 19–42.1990; dann: Gemeinsames Amtsblatt . . .)
ABIKR	Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland (Nr. 1.1945–19.1948)
ABIMfPolBefr	HE: Amtsblatt des Hessischen Ministeriums für politische Befreiung (1.1947–3.1949)
ABIMinfUuK	RP: Amtsblatt des Ministeriums für Unterricht und Kultus von Rheinland-Pfalz (1.1948–23.1971, 18; dann: Amtsbl. d. Kultusministeriums von Rheinland-Pfalz)
AbIVO	Ablösungsverordnung i. d. Bek. v. 1.2.1966 (BGBI I S. 107)
ABM	Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen
AbmarkVO	NW: Abmarkungsverordnung v. 6.6.1973 (GV.NW S. 345)

AbmG	BY: Abmarkungsgesetz v. 6. 8. 1981 (GVBl S. 318)
AbmVO	SL: Abmarkungsverordnung v. 2. 8. 1965 (ABl S. 689)
ABN	Allgemeine Bedingungen f. d. Bauwesenversicherung v. Gebäudeneubauten durch Auftraggeber (VerBAV 1974 S. 290)
ABPVO	BW: Allgemeine Bergpolizeiverordnung v. 14. 7. 1978 (GBI S. 417)
ABR	s. ArchBürgR
Abs.	Absatz
AbschG	Abschöpfungserhebungsgesetz v. 25. 7. 1962 (BGBl I S. 453)
Abschn.	Abschnitt
AbT	Abschöpfungstarif
Abt.	Abteilung
AbtLtr	Abteilungsleiter
AbtPr	Abteilungspräsident
ABU	Allgemeine Bedingungen f. d. Bauwesenversicherung v. Unternehmerleistungen (VerBAV 1974 S. 285)
AbubesVG	NW: Ges. ü. d. Anwendung beamten- u. besoldungsrechtl. Vorschriften auf nichtbeamtete Angehörige d. öffentl. Dienstes v. 6. 10. 1987 (GV.NW S. 342)
ABV	1. Anforderungsbehörden- u. Bedarfsträgerverordnung v. 12. 6. 1989 (BGBl I S. 1088) 2. Arzneibuchverordnung v. 27. 9. 1986 (BGBl I S. 1610)
AbwAG	Abwasserabgabengesetz i. d. Bek. v. 6. 11. 1990 (BGBl I S. 2432)
AbwAGBln	BE: Berl. Abwasserabgabengesetz i. d. Bek. v. 12. 1. 1989 (GVBl S. 214)
AbwEV	BY: Abwassereigenüberwachungsverordnung v. 9. 12. 1990 (GVBl S. 587)
AbwHerkV	Abwasserherkunftsverordnung v. 3. 7. 1987 (BGBl I S. 1578)
AbwNachwV	HA: Abwassernachweisverordnung v. 31. 1. 1989 (GVBl I S. 17)
AbzG	Abzahlungsgesetz v. 16. 5. 1894 (RGBl S. 450)
AcetV	Acetylenverordnung v. 27. 2. 1980 (BGBl I S. 220)
AcP	Archiv für die civilistische Praxis (1.1818–149.1944; 150.1948/49 ff.)
a. D.	außer Dienst
ADA	Allgemeines Dienstalder
ADA	Richtlinien z. Regelung d. Allg. Dienstalder i. d. Bek. v. 1. 8. 1968 (GMBI S. 264)
ADB 1963	Allgemeine Deutsche Binnen-Transportversicherungs-Bedingungen
AdG	Adoptionsgesetz v. 2. 7. 1976 (BGBl I S. 1749)

ADHGB	Allgemeines Deutsches Handelsgesetzbuch v. 1861
ADNR	Accord européen relatif au transport international des marchandises dangereuses par voie de navigation intérieure: Règlement pour le transport de matières dangereuses sur le Rhin. [Europ. Übereinkommen ü. d. internat. Beförderung gefährlicher Güter auf Binnenwasserstraßen: Verordnung ü. d. Beförderung gefährl. Güter auf d. Rhein] i. d. Bek. v. 30. 6. 1977 (BGBl I S. 1119 Anl.)
ADO	BY: Allgemeine Dienstordnung v. 1. 9. 1971 (GVBl S. 305)
AdöR	Anstalt d. öffentlichen Rechts
AdoptFristG	Ges. z. Änderung adoptionsrechtlicher Fristen v. 30. 9. 1991 (BGBl I S. 1930)
ADR	Accord européen relatif au transport international des marchandises dangereuses par route [Europ. Übereinkommen v. 30. 9. 1957 ü. d. internat. Beförderung gefährlicher Güter auf d. Straße]. Ges. v. 18. 8. 1969 (BGBl II S. 1489)
ADS	Allgemeine Deutsche Seeversicherungsbedingungen v. 1919
ADSp	Allgemeine Deutsche Spediteur-Bedingungen v. 31. 10. 1978 (BAnz Nr. 211 S. 5)
ADV	Automatisierte Datenverarbeitung
AdVermiG	Adoptionsvermittlungsgesetz i. d. Bek. v. 27. 11. 1989 (BGBl I S. 2016)
ADVG NW	NW: ADV-Organisationsgesetz i. d. Bek. v. 9. 1. 1985 (GV.NW S. 41)
AE	Alternativentwurf
a. E.	am Ende
ÄAppO	Approbationsordnung f. Ärzte i. d. Bek. v. 14. 7. 1987 (BGBl I S. 1593)/21. 12. 1989 (BGBl I S. 2549)
AEAusglV	V ü. d. Ausgleich gemeinwirtschaftlicher Leistungen im Eisenbahnverkehr v. 2. 8. 1977 (BGBl I S. 1465)
a. e. c.	argumentum e contrario
AEG	Allgemeines Eisenbahngesetz v. 29. 3. 1951 (BGBl I S. 225)
AEKGKostenv	BY: V ü. Kostensätze f. Ausgleichszahlungen nach § 6 a d. Allg. Eisenbahngesetzes v. 25. 10. 1984 (GVBl S. 443)
AELE	Association européenne de libre-échange
Änd	Änderung
ÄndAbk	Änderungsabkommen, Abkommen z. Änderung
ÄndBek	Änderungsbekanntmachung, Bekanntmachung z. Änderung
ÄndBest	Änderungsbestimmungen, Bestimmungen z. Änderung
ÄndErl	Änderungserlaß, Erlaß z. Änderung
ÄndG	Änderungsgesetz, Gesetz z. Änderung

ÄndG LAG	Gesetz zur Änderung des Lastenausgleichsgesetzes
ÄndV	Änderungsverordnung, Verordnung z. Änderung
ÄndVfg	Verfügung z. Änderung
ÄndVtr	Änderungsvertrag, Vertrag z. Änderung
AEAO	Anwendungserlaß zur Abgabenordnung
ÄR	Änderungsrichtlinien
AERB	Allg. Bedingungen f. d. Einbruchdiebstahl- u. Raubversicherung (VerBAV 1987 S. 339)
Ärzte-ZV	Zulassungsverordnung f. Kassenärzte v. 28. 5. 1957 (BGBl I S. 572/20. 12. 1988 (BGBl II S. 2477))
ÄTV	Änderungstarifvertrag
AEV	Arbeitsurlaubsverordnung i. d. Bek. v. 12. 9. 1980 (BGBl I S. 1754)
a. F.	alte Fassung; alte Folge
AfA	Absetzung f. Abnutzungen
AFB	Allgemeine Feuerversicherungs-Bedingungen (VerBAV 1987 S. 330)
AFET	Allgemeiner Fürsorgeerziehungstag
AFG	Arbeitsförderungsgesetz v. 25. 6. 1969 (BGBl I S. 582)
AFG-DDR	DDR: v. 22. 6. 1990 (GBII S. 403; BGBII S. 1209)
AfJ	1. Archiv für Jugendrecht (= Beil. zum Zentralblatt f. Jugend- recht u. Jugendwohlfahrt) (1.1952–7.1958) 2. s. BZRvVv
AfK	Archiv für Kommunalwissenschaften (1.1962 ff.)
AFKG	Arbeitsförderungs-Konsolidierungsgesetz v. 22. 12. 1981 (BGBl I S. 1497)
AfkKR	Archiv für katholisches Kirchenrecht (1.1857 ff.)
AfP	Archiv für Presserecht (= anfangs Beil. zu Zeitungsverl. u. Zeit- schriftenverl. (Nr. 1.1953–82.1970; Jg. 1971 ff.))
AfuG	Amateurfunkgesetz v. 14. 3. 1949 (WiGBI S. 20)
AFV	Allgemeine Fahrrad-Versicherungsbedingungen (VerBAV 1986 S. 485)
AfV	s. BZRvVv
AFWoG	Ges. ü. d. Abbau d. Fehlsubventionierung im Wohnungswesen v. 22. 12. 1981 (BGBl I S. 1542)
AG	Aktiengesellschaft; Amtsgericht; Ausführungsgesetz, Gesetz z. Ausführung; Auftraggeber
AG	Die Aktiengesellschaft (1.1956 ff.)
a. G.	auf Gegenseitigkeit

AG-AbfG	Ausführungsgesetz z. Abfallbeseitigungsgesetz SL: s. SAbfG
AG-AbwAG	SH: Ges. z. Ausf. d. Abwasserabgabengesetzes i. d. Bek. v. 13. 11. 1990 (GVOBI S. 545)
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AGB-DDR	DDR: Arbeitsgesetzbuch v. 16. 6. 1977 (GBII S. 185; BGBl 1990 II S. 1207)
AGBAföG	RP: Landesges. z. Ausf. d. Bundesausbildungsförderungsgesetzes v. 21. 12. 1978 (GVBl S. 759)
AGBauGB	BE: Ges. z. Ausf. d. Baugesetzbuchs v. 11. 12. 1987 (GVBl S. 2731)
AGBGB	Ausführungsgesetz z. Bürgerlichen Gesetzbuch BW: v. 26. 11. 1974 (GBl S. 498) BY: v. 20. 9. 1982 (GVBl S. 803) HA: i. d. Bek. v. 1. 7. 1958 (SlgBerHmbLR 40-e) HE: s. Hess. AGBGB PR: Preußisches ~ v. 20. 9. 1899 (GS S. 177) RP: Landesges. ~ v. 18. 11. 1976 (GVBl S. 259) SH: v. 27. 9. 1974 (GVOBI S. 357)
AGBGB Schl-H	
AGB-Gesetz	Ges. z. Regelung d. Rechts d. Allgemeinen Geschäftsbedingungen v. 9. 12. 1976 (BGBl I S. 3317)
AGBSHG	Ges. z. Ausführung d. Bundessozialhilfegesetzes
AG-BSHG	BB: v. 24. 7. 1991 (GVBl S. 318) BW: v. 23. 4. 1963 (GBl S. 33) BY: i. d. Bek. v. 21. 9. 1982 (GVBl S. 819)
AG-BSHG	NW: v. 25. 6. 1962 (GV.NW S. 344) RP: Landes ~ v. 8. 3. 1963 (GVBl S. 79)
AG-BSHG	SH: v. 6. 7. 1962 (GVOBI S. 271)
AGBtxStV	BY: Ges. z. Ausf. d. Staatsvertrages ü. Bildschirmtext v. 4. 8. 1983 (GVBl S. 542)
AGFGO	Ges. z. Ausführung d. Finanzgerichtsordnung BE: v. 21. 12. 1965 (GVBl S. 1979) BR: v. 23. 12. 1965 (GBl S. 156) BW: v. 29. 3. 1966 (GBl S. 49) BY: v. 23. 12. 1965 (GVBl S. 357) HE: s. HessAGFGO ND: s. NdsAGFGO
AG FGO	NW: v. 1. 2. 1966 (GV.NW S. 23) RP: v. 16. 12. 1965 (GVBl S. 265) SL: v. 16. 12. 1965 (ABl S. 1078)
AGFIHG	BY: Fleischhygiene-Ausführungsgesetz v. 24. 8. 1990 (GVBl S. 336)
AGFlurbG	Ges. z. Ausf. d. Flurbereinigungsgesetzes BY: i. d. Bek. v. 25. 3. 1977 (GVBl S. 104) RP: v. 18. 5. 1978 (GVBl S. 271)
AGFSJG	BY: Ges. z. Ausf. z. Ges. z. Förderung e. freiw. soz. Jahres v. 27. 3. 1973 (GVBl S. 105)

AGG 10	Ges. z. Ausf. d. Ges. zu Art. 10 d. Grundgesetzes BY: v. 11. 12. 1984 (GVBl S. 522) TH: v. 29. 10. 1991 (GVBl S. 515)
AG G10	
AGGrdstVG	Ges. z. Ausführung d. Grundstücksverkehrsgesetzes BW: v. 8. 5. 1989 (GBI S. 143) BY: v. 21. 12. 1961 (GVBl S. 259) RP: v. 19. 12. 1962 (GVBl 1963 S. 1)
AGGVG	Ges. z. Ausführung d. Gerichtsverfassungsgesetzes BW: v. 16. 12. 1975 (GBI S. 868) BY: v. 23. 6. 1981 (GVBl S. 188) ND: v. 5. 4. 1963 (GVBl S. 225) RP: v. 6. 11. 1989 (GVBl S. 225)
AGIHKG	Ges. z. Erg. u. Ausf. d. Ges. z. vorl. Regelung d. Rechts d. Industrie- u. Handelskammern BB: v. 13. 9. 1991 (GVBl S. 440) BY: v. 25. 3. 1958 (GVBl S. 40) LSA: v. 10. 6. 1991 (GVBl LSA S. 103)
AGImSchVO	RP: V ü. d. Zuständigkeiten auf d. Gebiet d. Arbeits-, Immissions-, Strahlen- u. technischen Gefahrenschutzes v. 21. 10. 1981 (GVBl S. 263)
AGJ	Arbeitsgemeinschaft f. Jugendhilfe
AGJWG	Ges. z. Ausführung d. Gesetzes f. Jugendwohlfahrt BE: ~ u. z. Regelung d. öffentlichen Jugend- u. Familienhilfe i. d. Bek. v. 18. 9. 1972 (GVBl S. 1919) BR: i. d. Bek. v. 26. 6. 1962 (GBI S. 165) HA: i. d. Bek. v. 27. 2. 1973 (GVBl S. 37) ND: i. d. Bek. v. 26. 1. 1990 (GVBl S. 45) NW: i. d. Bek. v. 1. 7. 1965 (GV.NW S. 248) RP: 1. Landes~ v. 3. 12. 1982 (GVBl S. 431) SH: v. 7. 7. 1962 (GVOBl S. 276) SL: i. d. Bek. v. 19. 5. 1972 (ABl S. 330)
AG-JWG	
AG/JWG	
AG-KHG	SH: Ges. z. Ausf. d. Krankenhausfinanzierungsgesetzes v. 12. 12. 1986 (GVOBl S. 302)
AG-KrPfl-Heb	BY: Ges. z. Ausf. d. Krankenpflgerechts u. d. Hebammenrechts v. 16. 7. 1986 (GVBl S. 133)
AGLondSchAbk	Ges. z. Ausf. d. Abkommens v. 27. 2. 1953 ü. deutsche Auslandsschulden v. 24. 8. 1953 (BGBII S. 1003)
AGMarktStrG	BY: Ges. z. Ausf. d. Marktstrukturgesetzes v. 18. 12. 1969 (GVBl S. 398)
AGNB	Allgemeine Beförderungsbedingungen f. d. gewerbl. Güternahverkehr m. Kraftfahrzeugen. In Kraft seit d. 1. 1. 1956
AGO	PR: Allgemeine Gerichtsordnung v. 6. 7. 1793
AGPersPaßG	BY: Ges. z. Ausf. d. Gesetzes ü. Personalausweise u. d. Paßgesetzes v. 7. 3. 1987 (GVBl S. 72)

AGPStG	BY: Ges. z. Ausf. d. Personenstandsgesetzes v. 24. 7. 1975 (GVBl S. 179)
AgrarR	Agrarrecht (1.1971 ff.)
AgrBZV	Agrarberichterstattungs-Zusatzprogrammverordnung v. 25. 4. 1989 (BGBII S. 877)
AgrStatG	Agrarstatistikgesetz v. 15. 3. 1989 (BGBII S. 469)
AgrStatV	BY: Agrarstatistikverordnung v. 10. 8. 1990 (GVBl S. 302)
AGSGB	BY: Ges. z. Ausf. d. Sozialgesetzbuches v. 10. 8. 1982 (GVBl S. 514)
AGSGG	Ausführungsgesetz z. Sozialgerichtsgesetz BE: i. d. Bek. v. 7. 12. 1971 (GVBl S. 2097) BW: v. 21. 12. 1953 (GBI S. 235) BY: i. d. Bek. v. 7. 10. 1982 (GVBl S. 872)
AGSichFilmG	BY: Ges. z. Ausf. u. Erg. des Sicherheitsfilmgesetzes v. 14. 7. 1958 (GVBl S. 161)
AGTierKBG	Ges. z. Ausf. d. Tierkörperbeseitigungsgesetzes BW: v. 25. 4. 1978 (GBI S. 227) BY: v. 11. 8. 1978 (GVBl S. 525)
AGTierSG AGTierSG-NW	Ges. z. Ausf. d. Tierseuchengesetzes NW: i. d. Bek. v. 29. 11. 1984 (GV.NW S. 754) SH: i. d. Bek. v. 4. 2. 1983 (GVOBl S. 73)
AGVersammlG	BY: Gesetz z. Ausführung d. Versammlungsgesetzes v. 15. 7. 1957 (GVBl S. 160)
AG-ViehseG	Ges. z. Ausführung d. Viehseuchengesetzes BE: v. 23. 1. 1975 (GVBl S. 394) BW: v. 6. 11. 1973 (GBI S. 397)
AGVG-SH	SH: v. 3. 12. 1973 (GVOBl S. 409)
AGVwGO	Ges. z. Ausführung d. Verwaltungsgerichtsordnung BE: i. d. Bek. v. 22. 2. 1977 (GVBl S. 557) BW: v. 22. 3. 1960 (GBI S. 94) BY: v. 28. 11. 1960 (GVBl S. 266)
AG VwGO	NW: v. 26. 3. 1960 (GV.NW S. 47) RP: Landes~ i. d. Bek. v. 5. 12. 1977 (GVBl S. 451) SH: v. 6. 3. 1990 (GVOBl S. 226) SL: v. 5. 7. 1960 (ABI S. 558)
AGVZG 1987	BY: Ges. z. Ausf. d. Volkszählungsgesetzes 1987 v. 5. 3. 1987 (GVBl S. 71)
AGZPO	Ausführungsgesetz zur Zivilprozeßordnung HA: v. 22. 12. 1899 (SlgBerHmBLR 3210-b) HE: Hessisches ~ u. z. Ges. über d. Zwangsversteigerung u. Zwangsverwaltung v. 20. 12. 1960 (GVBlII S. 238)
AGZPO-ZVG	RP: Landesges. z. Ausf. d. Zivilprozeßordnung u. d. Gesetzes ü. d. Zwangsversteigerung u. d. Zwangsverwaltung v. 30. 8. 1974 (GVBl S. 371)

AHB	Allgemeine Versicherungsbedingungen f. d. Haftpflicht-Versicherung (VerBAV 1986 S. 216)
AHBStr	Allgemeine Versicherungsbedingungen f. d. Haftpflichtversicherung v. genehmigter Tätigkeit m. Kernbrennstoffen u. sonstigen radioaktiven Stoffen außerhalb v. Atomanlagen v. 1965 (VerBAV S. 70)
AH-GF	Allg. Hinweise z. Gruppierungsplan u. z. Funktionenplan = Anl. 1 zu den VV-HB
AHKG [folgt Nr.]	Ges. d. Alliierten Hohen Kommission
AHndG	Gesetz zur Ahndung nationalsoz. Straftaten (Ahndungsgesetz) BR: v. 27. 6. 1947 (GBl S. 83) BY: Ges. Nr. 22 v. 31. 5. 1946 (BayBS III S. 151)
AHStatDV	Außenhandelsstatistik-Durchführungsverordnung i. d. Bek. v. 8. 2. 1989 (BGBl I S. 203)
AHStatGes	Außenhandelsstatistikgesetz vom 1. 5. 1957 (BGBl I S. 413) / 14. 3. 1980 (BGBl I S. 294)
AHVO	Allgemeine Hafen(ver)ordnung
AHO	ND: v. 5. 3. 1975 (GVBl S. 88)
AHVO	NW: v. 9. 10. 1979 (GV.NW S. 662)
AI	s. AInsp.
AiB	Arbeitsrecht im Betrieb (1980 ff.)
AIG	s. AuslInvestmG
AInsp	Amtsinspektor
AIZ	Allgemeine Immobilien-Zeitung (1.1952 ff.)
A/KAE	AusfAnO z. Konzessionsabgabenanordnung v. 27. 2. 1943 (RAnz Nr. 75)
AKB	s. AllKdtBln Allgemeine Bedingungen f. d. Kraftfahrtversicherung (VerBAV 1988 S. 299)
AKDB	Anstalt f. Kommunale Datenverarbeitung in Bayern
AKG	Allgemeines Kriegsfolgengesetz v. 5. 11. 1957 (BGBl I S. 1747)
AkGG	Ges. ü. d. Führung akademischer Grade v. 7. 6. 1939 (RGBl I S. 985)
AkGradVO	ND: V ü. d. Führung ausländ. akadem. Grade v. 29. 5. 1991 (GVBl S. 200)
AKO	Amtskassenordnung der Reichsfinanzverwaltung v. 12. 3. 1938 (RFBl S. 57)
AKostG	Auslandskostengesetz v. 21. 2. 1978 (BGBl I S. 301)
AKostV	Auslandskostenverordnung v. 7. 1. 1980 (BGBl I S. 21)
AktG	Aktiengesetz v. 6. 9. 1965 (BGBl I S. 1089)
AktO	Aktenordnung Reich: v. 28. 11. 1934 (SonderveröffDJ Nr. 6) BY: v. 13. 12. 1983 (JMBl 1984 S. 13) HE: i. d. Bek. v. 28. 2. 1979 (JMBl S. 259)